

Europas Zusammenhalt wiederherstellen!

Die Europa-Union Deutschland und ihr Jugendverband, die Jungen Europäischen Deutschland (JEF), appellieren an die Bundesregierung, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, damit die Europäische Union sich in der Flüchtlingskrise bewährt und die europäische Idee keinen Schaden nimmt. Dazu müssen die Mitgliedstaaten zu Zusammenarbeit und gemeinsamer Politik zurückfinden.

In einer gemeinsamen Erklärung fordern unsere Verbände neben wirksamen Sofortmaßnahmen eine langfristige Strategie zur Bewältigung der Flüchtlingskrise. Dabei spielen auch die Bekämpfung der Fluchtursachen eine entscheidende Rolle. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEA) müsse durch einen akuten und einen permanenten Mechanismus ergänzt und insgesamt überarbeitet werden. Anzustreben sei eine einheitliche europäische Asyl- und Flüchtlingsgesetzgebung.

Alle Mitgliedstaaten der EU seien verpflichtet, politisch Verfolgten Asylrecht zu gewähren, erinnern die Verbände. Um zu verhindern, dass die Menschen sich Schleusern anvertrauen und gefährliche Wege nach Europa nähmen, müsste an den europäischen Botschaften beziehungsweise in zu errichtenden Zentren in den betroffenen Staaten Asylverfahren eröffnet werden können, die legale Einreisen ermöglichen. Für die Staaten des Westbalkans, die nicht Mitglied der EU sind, die aber die Perspektive des Beitritts haben, müssten Möglichkeiten legaler Arbeitsmigration geschaffen werden.

In den am stärksten betroffenen Ankunftsstaaten der EU müssten Erstaufnahmezentren („Hotspots“) mit Unterstützung der Gemeinschaft errichtet werden. Gleichzeitig müssten die europäischen Außengrenzen bestmöglich gesichert werden. Die anerkannten Flüchtlinge müssten umgehend eine Arbeitserlaubnis erhalten und – besonders junge Menschen – Ausbildungen antreten können.



Ein Kind am Strand: Vor einigen Wochen ging ein Bild um die Welt, das uns alle berührt und erschüttert hat: ein kleiner syrischer Junge, ertrunken auf der Flucht über das Mittelmeer. Sinnbild für die Tragödien, die sich heute tausendfach vor unserer „Haustür“ ereignen. Ein Kind am Strand: Vor über zehn Jahren veröffentlichten wir ein anderes, dieses Bild in „Europa aktiv“, das uns wieder in den Sinn kam. Sollten nicht alle Kinder so entspannt am Strand spazieren und spielen können? Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass Europa Menschen auf der Flucht Schutz und ein Leben in Sicherheit bieten kann! Und lassen Sie uns für dauerhaften Frieden in Krisenregionen arbeiten, damit Menschen in ihrer Heimat eine Perspektive erhalten und Schicksale wie die des ertrunkenen Kindes nicht an der Tagesordnung bleiben.

Bild: EU-Kommission

Nach Ansicht von Europa-Union und JEF sei von der Europäischen Union ein Konzept für den Umgang mit den Ursachen der Flüchtlingsströme zu entwickeln. Dies erfordere den Einsatz sämtlicher vorhandener Optionen und Instrumente über humanitäre und Entwicklungshilfe, Handelspolitik, Investitionsförderung und politisch-diplomatische Initiativen hinaus bis hin zur Entsendung von Schutztruppen im Rahmen eines UN-Mandats. Eine Gemeinsame Europäische Flüchtlingspolitik müsse durch eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik flankiert werden.

Die Europa-Union und ihr Jugendverband fordern, die Reisefreiheit im Schengen-Raum so schnell wie möglich voll wiederherzustellen. Die Grenzkontrollen dürften nur vorübergehend sein. Unsere Verbände

appellieren an die Mitgliedstaaten, die Zeit nutzen, umgehend eine schlüssige gemeinsame Politik umzusetzen. ♦

Aus dem Inhalt

Auf die Gemeinschaft und den Zusammenhalt kommt es an	2/3
Ein Kommentar von Hermann Kuhn	
Wenn nicht jetzt, wann dann?	4
Ein Zwischenruf von Christian Moos	
KICK-OFF-Treffen zur Verbandsentwicklung	5

Auf die Gemeinschaft und den Zusammenhalt kommt es an!

Ein Kommentar von Dr. Hermann Kuhn zum „Fünf-Präsidenten-Papier“

Im Juni hat Kommissions-Präsident Jean-Claude Juncker ein Papier veröffentlicht mit dem Titel „Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden“; in „enger Zusammenarbeit“, wie es heißt, mit Donald Tusk, Jeroen Dijsselbloem, Mario Draghi und Martin Schulz. Deshalb hat sich dafür der Name „Fünf-Präsidenten-Papier“ eingebürgert. Es soll, wie es heißt, auf dem Europäischen Rat im Oktober 2015 erörtert werden. Die Stellung der Autoren, der Anspruch des Papiers („vollenden“) und die gestiegene öffentliche Bereitschaft, nach der Griechenlandkrise grundsätzlicher nachzudenken – all das macht es unumgänglich, dass die Europa-Union Deutschland sich mit den Vorschlägen kritisch auseinandersetzt. Dazu sollen die folgenden Überlegungen beitragen.

Wie es sich gehört, beginne ich mit dem Positiven. Richtig ist die Aufgabenbeschreibung: Förderung der Konvergenz – der Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten und der Konvergenz innerhalb der Mitgliedstaaten; Erhöhung der Widerstandsfähigkeit von Einzelstaaten und Gemeinschaft, der Fähigkeit, ökonomische Schocks abfedern zu können; Unterstützung und Förderung der Modernisierung wirtschaftlicher, staatlicher und sozialer Strukturen. Dass dies eine Aufgabe nicht nur jedes Staates, sondern der EU insgesamt ist, wird zu Recht mit der gestiegenen gegenseitigen Verflechtung und Abhängigkeit begründet. Deswegen irritiert schon hier die Einengung auf die Euro-Mitgliedstaaten. Ist Polen mit Deutschland weniger verflochten als Slowenien? Konvergenz ist das vertraglich fixierte politische Ziel der gesamten EU, nicht nur der (derzeit!) 19 Euroländer.

Gemeinschaftsinstitutionen stärken

Sehr zu unterstützen ist die im Papier dargelegte Absicht, soweit und so schnell als möglich die in der Krise entstandenen zwischenstaatlichen Lösungen in den EU-Rechtsrahmen zu überführen. Für den „Fiskalpakt“ ist das ja fest vereinbart, und sehr viel Zeit bleibt dafür nicht mehr. Dazu gehört für

mich perspektivisch aber auch die Umwandlung des ESM in eine „Europäischen Währungsfonds“. Überführung in den EU-Rechtsrahmen heißt ja nicht allein Vereinheitlichung, sondern heißt Überführung in die bewährte Gemeinschaftsmethode, in die Verantwortung aller 28 Teilnehmer, heißt Stärkung der Gemeinschaftsinstitutionen Kommission und Parlament. Das aber war immer und zu Recht das Credo der Europa-Union.

Nicht neu, aber in der Sache richtig und drängend, sind auch die im Papier formulierten Ziele, die Bankenunion zu vollenden (einschließlich eines Europäischen Einlagenversicherungssystems als Rückversicherung!) und mit der umfassenden Regulierung der Kapitalmärkte zu beginnen („Kapitalmarktunion“); der gesamte Kapitalmarkt muss unter die Aufsicht des Staates, und zwar gemeinsam in der EU. Leider fehlt jede Aussage zur Finanztransaktionssteuer (wieso gibt es die immer noch nicht?), und die Harmonisierung der Unternehmenssteuern (selbst „nur“ der Bemessungsgrundlage) gibt es nur als mittelfristige Randnotiz.

Wirtschaftsregierung konkretisieren

Der Kern des „Fünf-Präsidenten-Papiers“ sind aber zweifellos die Vorschläge, die den vagen Begriff einer europäischen „Wirtschaftsregierung“ institutionell füllen sollen. Schritte also hin zu der „Politischen Union“, ohne die nach allgemeinem Urteil der Euro auf Dauer nicht funktionieren kann. (Ob gerade wir Föderalisten uns mit dieser Begründung für „mehr Europa“ einen Gefallen tun, ist eine andere Frage. Denn jedes Jahr ohne diese „Politische Union“, die ja jeder anders definiert, de-legitimiert so den Euro weiter.)

Der erste Vorschlag handelt von der Stärkung des Europäischen Semesters. Das ist ein gutes Instrument, aber gegenwärtig noch ganz zahnlos (nur 10 Prozent der Empfehlungen werden derzeit umgesetzt). Entschiedene Schritte zur Überwindung der Unverbindlichkeit und Beliebigkeit schlägt das Papier aber nicht vor. Solche Schritte

wären: klare Regeln für die Beteiligung der nationalen Parlamente in der Behandlung der Empfehlungen; die Pflicht, sich bei mangelnder Umsetzung zu erklären; am Ende auch Sanktionen, die gemeinsam von Kommission und Parlament beschlossen werden.

Warum die Euro-Gruppe hier eine koordinierende Funktion für die gesamte EU übernehmen soll, bleibt dunkel; man bekommt den Eindruck, dass die Kommission sich vor ihren Aufgaben drücken will. Aber nur Kommission und Parlament sind in der Lage und verpflichtet, die Empfehlungen des Europäischen Semesters in inhaltlichen Zusammenhang mit allen übrigen Politiken der EU zu bringen, in erster Linie mit der EU2020-Strategie. Dieser verbindliche, gemeinsame strategische Rahmen für die europäische Politik taucht in dem Papier nicht einmal dem Namen nach auf!

Finanz- und Währungskommissar statt Fiskalausschüsse

Ähnlich irritierend ist der zweite zentrale Vorschlag, die Einrichtung eines „beratenden Europäischen Fiskalausschusses“ mit der Aufgabe, eine „öffentliche und unabhängige Bewertung der Haushalte (der Mitgliedstaaten) und ihrer Umsetzung“ vorzunehmen. Dieser Vorschlag ist die sichere Gewähr, dass es bei unverbindlichen Diskussionen bleibt – und wenn die Debatte dann doch mal härter wird, dann begehrt die Kommission, jedenfalls nicht schuld daran zu sein. Auf der Linie der Europa-Union – Stärkung der Gemeinschaftsinstitutionen – läge ein anderer Vorschlag: Schaffung eines starken Finanz- und Währungskommissars, der unter anderem das Recht bekommt, nach Einvernehmen mit dem Parlament einen nationalen Haushaltsentwurf zurückzuweisen, wenn er wesentlich gegen europäisch vereinbarte Regeln verstößt. In welchen Schritten ein solches zeitweiliges Veto dann aufzulösen wäre, müsste genauer ausgearbeitet werden. Wichtig ist das Grundsätzliche: statt unverbindlicher Beratungen politisch legitimierte Entscheidungen.

Ein dritter Vorschlag skizziert eine „makroökonomische Stabilisierungsfunktion“, auf Deutsch extra Geld „speziell für den Euro-Währungsraum“. Ziel ist allgemein die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Staaten, aber nicht der Ausgleich konjunktureller Schwankungen und nicht Krisenbewältigung. Daher wird hier – leider – z.B. der Kommissionsvorschlag einer europäischen Arbeitslosenversicherung als konjunktureller Stabilisator nicht wieder aufgenommen. Was hier über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen hinaus gemacht werden soll, bleibt im Dunkeln. Auch hier wieder die Frage: Warum soll die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Einzelstaaten auf den Euroraum beschränkt bleiben, wenn doch die richtige Begründung ist, dass sich die Schwäche des einen immer auch auf die anderen auswirkt?

Brauchen wir eine Transferunion?

Mehrfach betonen die Autoren, dass ihre Vorschläge für eine „Wirtschaftsregierung“ in keinem Fall zu einer „Transferunion“ führen dürfen und werden. Aber erstens ist Konvergenz mit hohen Geldzahlungen in den Strukturfonds bereits jetzt ein erklärtes Ziel der EU. Und tatsächlich wird die Union heute insgesamt „in Haftung genommen“, und sie nimmt diese Aufgabe auch an. Deshalb ist das Credo der „Einheit von Haftung und Kontrolle“ ja richtig, aber im Augenblick geht die politische, faktische Haftung weiter als die Kontrolle – hier verstanden als Einhaltung gemeinsamer Regeln –, und deshalb müssen die Regeln erweitert werden. Und die gemeinsame Verantwortung muss eher in vernünftige Formen gebracht werden. Deswegen ist es ein großer Mangel, wenn die fünf Präsidenten nicht mehr über die Idee eines „Schuldentilgungspaktes“ nachdenken, wie ihn der deutsche Sachverständigenrat vorgeschlagen hatte: Kredite, die über 60 Prozent des BIP hinausgehen, bedient jeder Staat für sich, aber die Gemeinschaft haftet gemeinsam, um zerstörerische Spekulation zu verhindern.

Teilunion versus echte Union

Der vierte Vorschlag, der sich durch das Papier der fünf Präsidenten zieht und ein starkes Echo erfahren hat, ist insgesamt die „Stärkung“ der Eurogruppe, u.a. durch einen hauptamtlichen Eurogruppen-Vorsitzenden

mit eigenem Apparat und eigenem Geld – polemisch formuliert: die Schaffung einer Nebenregierung. Konsequenterweise weiter gedacht, folgt aus solcher Schaffung einer Teilunion die Schaffung eines Teilparlaments, das dann allein in Sachen dieser Währungs-(teil-)Union entscheidungsberechtigt wäre.

Diese Idee wird offensichtlich nicht nur in Berlin und Paris ganz positiv aufgenommen, sondern auch in parlamentarischen und föderalistischen Kreisen. Das Argument lautet: Nur damit komme Bewegung in die Integration, die Eurogruppe sei aufgrund ihrer Leidenserfahrungen gegenwärtig so etwas wie eine Avantgarde. Ich sehe diese Avantgarde zum einen in der Realität nicht – zumal hier noch der Zwang zur Einstimmigkeit herrscht! Aber entscheidend ist: Diese Idee führt die europäischen Staaten und Völker nicht zusammen, sondern legt einen tiefen Spalt, der etwas ganz anderes ist als das Verfahren der „verstärkten Zusammenarbeit“ im Rahmen der Union. Dass viele „Teilunionen“ am Ende noch eine Union ergeben, das glaube ich nicht. Solche „Vertiefung“ ist ein gefährlicher Weg.

Der Gegenvorschlag lautet, wie gesagt, die Stärkung eines Währungs- und Finanzkommissars mit „Doppelhut“ des Vorsitzenden der Eurogruppe; und auf der parlamentarischen Ebene die Schaffung eines Sonderausschusses für Euro-Angelegenheiten mit besonderen Informationsrechten – aber Entscheidungen, soweit notwendig, fällt das EU-Parlament als Ganzes.



Bild: Dr. Hermann Kuhn

Ich bin überzeugt, dass die hier skizzierte Kritik und die Gegenvorschläge den Zielen der Europa-Union besser entsprechen: den Zusammenhalt der EU festigen und nicht schwächen; die Gemeinschaftsinstitutionen stärken, die Kommission nicht zurückdrängen und das Parlament nicht spalten; durch Teilung der Souveränität die reale Widerstands- und Handlungsfähigkeit aller Gesellschaften in der Europäischen Union erhöhen.

(Hinweis: Viele Anregungen verdanke ich den Papieren von Manuel Sarrazin MdB, Vorsitzender der Parlamentariergruppe der EUD im Bundestag; zu finden auf der Seite www.manuelsarrazin.de)

Der Autor ist Mitglied des Präsidiums der Europa-Union Deutschland und Vorsitzender des Landesverbandes Bremen. Er war bis zur Landtagswahl im Frühjahr 2015 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft und vertrat das Land Bremen im Europäischen Ausschuss der Regionen.



Die Bürgerdialogreihe der Europa-Union Deutschland und ihrer Partner zum Transatlantischen Freihandelsabkommen

Diskutieren Sie mit!

Vor Ort:

22.10.: München,
Hanns-Seidel-Stiftung, 19.00 Uhr
16.11.: Ingelheim,
Boehringer-Ingelheim, 18.30 Uhr
3.12.: Berlin,
Allianz Forum, 16.00 Uhr

Im Netz:

www.ttip-buergerdialoge.de

Auf Facebook:

www.facebook.com/TTIPBuergerdialoge

Auf Twitter:

@TTIP_dialog #TTIP_dialog

Wenn nicht jetzt, wann dann?

Ein Zwischenruf von Generalsekretär Christian Moos

Dieser Sommer hatte es in sich. Ein schwaches Fünf-Präsidenten-Papier, keine nennenswerten Initiativen für mehr Europa aus den Mitgliedstaaten, schwierige Verhandlungen um die abermalige Rettung Griechenlands, seinen Verbleib in der Eurozone, der ungelöste Konflikt mit Russland, der nahöstliche Krisenbogen und die dramatisch zugespitzte Flüchtlingskrise, der „Exodus“, wie The Economist jüngst titelte, das Aussetzen von Schengen, Streit und wieder Streit. Es steht aktuell nicht gut um Europa. Dennoch war es lange nicht so gegenwärtig, selten so notwendig wie heute.

Ja, all diese Krisen gefährden Europa in einem Maß, das über alles bisher Dagewesene hinausreicht. Aber so unterschiedlich sie sein mögen, sie haben ausnahmslos eines gemeinsam: Sie wären samt und sonders besser beherrschbar oder sogar vermeidbar gewesen, wenn die Europäer sich rechtzeitig auf mehr Zusammenarbeit verständigt hätten.

Das betrifft die unterlassene Hilfeleistung im Kampf der nicht-islamistischen Rebellen gegen ihre Tyrannen, den Schutz der Zivilbevölkerung vor dem Islamischen Staat, das Fehlen einer wirklichen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik und einer Nachbarschaftspolitik, die über Schön-Wetter-Veranstaltungen hinausgeht. Das gilt für eine in gemeinsamer Verantwortung getragene europäische Asyl- und Einwanderungspolitik, die das Recht auf Asyl ebenso schützt wie die europäischen Außengrenzen, und eine Einwanderungspolitik, die Migration zielgerichtet und entsprechend der Bedarfe in den Mitgliedstaaten regelt. Das gilt auch und nicht zuletzt für eine echte Wirtschafts- und Währungsunion, die sowohl die Wirtschaft als auch den sozialen Zusammenhalt in Europa in eine verantwortliche Gesamtschau nimmt.

Vom Versagen der Europäischen Union ist dieser Tage viel die Rede. Was für ein Irrtum! Es sind Regierende und Regierungen, die keine gute Figur abgeben, nicht die Ge-

meinschaftsinstitutionen. Letztere können nur die Instrumente nutzen, die ihnen die Verträge zur Verfügung stellen. Neuerungen können allein die Herren der Verträge bewirken, die Staats- und Regierungschefs, die nationalen Parlamente. Auch das zeigt, dass Europa krisenfest nur werden kann, wenn die Gemeinschaftspolitik mehr Gewicht bekommt.

Politikversagen auf allen Ebenen? Nicht ganz. Eine zentrale Rolle spielt auch Europas Zivilgesellschaft. Und auf diese kommt es jetzt an. Die überparteiliche Europa-Union als deutsche Sektion der europäischen Föderalisten ist Teil der proeuropäischen bürgerschaftlichen Kräfte. Gerade in Deutschland, aber nicht nur dort, zeigt eine engagierte Bürgerschaft dieser Tage, dass es Hoffnung auf ein weltoffenes, humanes, ein solidarisches Europa gibt.

Auch wenn tragende Säulen der europäischen Integration ins Wanken kommen – die Reisefreiheit ist in großer Gefahr – bleibt eine europäische Zivilgesellschaft, die nicht zu geschlossenen Grenzen oder gar zu Mauern und Stacheldrahtzäunen zurückkehren will. Besonders wir Deutschen nicht. Also dürfen wir den Kopf nicht in den Sand stecken. Wir müssen gerade jetzt rausgehen auf die Straßen und Plätze und den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen. Was sollten sonst befreundete Föderalisten sagen, die sich mehr denn je für die europäische Idee einsetzen, die jedoch nolens volens zu einer Oppositionsgruppe werden, nicht weil sie sich politisierten, sondern weil ihre Regierung sich in großen Schritten und unter flagranter Verletzung europäischen und internationalen Rechts von Europa und seinen Werten entfernt.

Wenn die Dinge im Großen ins Rutschen kommen, sind Engagement und Zusammenhalt der europäischen Zivilgesellschaft wichtiger denn je. Das gilt auch und vor allem für das Zusammenstehen mit denjenigen, die sich durch ihr demokratisches Engagement in Gefahr bringen. Die überparteiliche, aber nicht unpolitische Europa-



Sich für Toleranz und Völkerverständigung einzusetzen gehört zum Selbstverständnis der Europa-Union. Wann, wenn nicht jetzt, gilt es, im Sinne unseres ureigensten Satzungsziels Flagge zu zeigen und zu handeln? EUD-Generalsekretär Christian Moos ruft die Mitglieder der Europa-Union dazu auf, sich an Spenden- und Hilfsaktionen für Flüchtlinge zu beteiligen. „Es gibt in den allermeisten Kommunen gute Initiativen, denen wir uns anschließen können und wo bereits viele unserer Mitglieder helfen. Hier gibt es viel Potenzial nicht nur für die Hilfe Einzelner, sondern für Kooperationen ganzer Kreis- und Ortsverbände.“

Bild: DorSteffen/fotolia.com

Union und die Europäische Bewegung, die in der Gemeinschaft mehr sehen als einen wirtschaftlichen Zweckverbund, sind in dieser schweren Stunde gefordert.

Gedachten wir nicht soeben noch des Ersten Weltkriegs, der Zerstörung des alten Europa vor 100 Jahren? Der italienische Politiker Antonio Salandra appellierte 1914 an den „sacro egoismo“, den „geheiligten Egoismus“ seiner Landsleute. Soll das der Weg sein, den wir Europäer 2015 einschlagen? Sind wir Europäer denn so notorisch dumm? Europa steht an einer Wegscheide, wieder mal, diesmal jedoch womöglich an einer entscheidenden. Sind sich alle Akteure dessen bewusst? Wie bereits mit „Europa Mitbestimmen“ und unserem „Gedankengang“ können wir einen aktiven Beitrag leisten zum Bewusstwerden. „Europas Wegscheide“ sollte in diesem Herbst, der nicht zum Herbst der Europäischen Union werden darf, möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern vor Augen geführt werden. Dazu laden wir alle unsere Ehrenamtlichen ein.

Wir sind nicht nur Staffage für Europa-Gedenktage und Wohlfühlveranstaltungen. Wir sind die Avantgarde der erfolgreichsten Friedensbewegung des 20. Jahrhunderts, und jetzt geht es darum, das 21. Jahrhundert lebenswert zu gestalten. Die europäische Idee darf nicht sterben! Sie muss, sie wird leben. Es lebe der europäische Bundesstaat! Wenn nicht jetzt, wann dann? ■

KICK-OFF-Treffen zur Verbandsentwicklung

Präsidiumsinterne Arbeitsgruppe konstituierte sich in Frankfurt am Main

Ziel der AG Verbandsentwicklung ist es u.a., Konzepte zu entwickeln, um Zielgruppen besser anzusprechen, best practices bei der Mitgliedergewinnung und -bindung zu analysieren und weiterzuentwickeln sowie eine Plattform zum Networking und Erfahrungsaustausch über die Landesverbandsgrenzen hinweg anzubieten. Neben organisatorischen Punkten waren die Mitgliedersituation in der EUD, die Zusammenarbeit von EUD und JEF sowie Veranstaltungsformate Gegenstand eines ersten Arbeitstreffens. Dabei wurde auch über die Rolle und Funktion von Arbeits- und Projektgruppen gesprochen. Das Treffen gab den AG-Mitgliedern zudem die Möglichkeit,

ihren Input für die anstehende EUD-Akademie in Jena (17./18. Oktober) sowie den Bundesausschuss in Berlin (7. November) vorzubereiten.

Der präsidiumsinternen Arbeitsgruppe gehören an (alphabetisch): Lars Becker, Walter Brinkmann, Dr. Claudia Conen, Bernhard Freisler, Birgit Köbling, Thomas Mann MdEP, Heinz-Wilhelm Schaumann, David Schrock und Inga Wachsmann.

Für Anregungen und Fragen stehen die AG-Mitglieder gerne zur Verfügung:
info@europa-union.de



Die „Verbandsentwickler“ trafen sich in Frankfurt am Main: (v.l.n.r.) Thomas Mann MdEP, Heinz-Wilhelm Schaumann, Dr. Claudia Conen, Bernhard Freisler, Inga Wachsmann
Bild: EUD

Die Reformation und ihre Auswirkung auf Europa

Präsenzseminar der Europäischen Senioren Online Akademie in Wittenberg

Ein Projekt des Europäischen Bildungsinstituts (EBI) stellt die Europäische Senioren Online Akademie (ESOA) dar, in dem interessierte Bürgerinnen und Bürger sich auf einer geschützten Plattform austauschen und unter dem Motto: „Wege zueinander“ einmal jährlich zu einem Präsenzseminar innerhalb Europas zusammen kommen. In diesem Jahr fand dieses Seminar mit Unterstützung der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien im Rahmen des Förderprogramms „Reformationsjubiläum 2017“ in der Lutherstadt Wittenberg statt und untersuchte die Auswirkungen der Reformation auf Europa.

Bereits zu Luthers Lebzeiten breitete sich die Reformation weit über die damaligen deutschen Grenzen hinaus aus. Um die Ostsee herum und bis in den Balkan entstanden bereits reformierte Gemeinden und europäische Netzwerke. Dank der jungen Buchdruckkunst fanden die Gedanken Luthers rasch in Mitteleuropa Verbreitung. Einleitend lenkte Dr. Alf Christophersen, Studienleiter der Evangelischen Akademie in Wittenberg, den Blick auf die Grundlagen dieser „europäischen Bewegung“ und die Zusammenhänge zwischen Luthers Leben und seiner Theologie. Zwei weitere Aspekte des Seminars waren einerseits die Irrwege, andererseits

die gesellschaftlichen Wirkungen der Reformation. Ersteres wurde anhand einer Präsentation des Panoramas von Werner Tübke in Bad Frankenhausen mit den Darstellungen zu Thomas Müntzer illustriert, der andere Aspekt wurde durch eine Besichtigung und Informationen in den Franckeschen Stiftungen in Halle erfahren. Prof. Dr. Michael Minkenberg, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), schlug mit seinen Untersuchungen über den Zusammenhang von Reformation und Demokratie den Bogen in die Gegenwart. Diesen Gedanken griff Dr. Rainer Stahl vom Martin-Luther-Bund auf und beleuchtete



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der ESOA auf dem Marktplatz in Wittenberg
Bild: CIFE

die veränderte Situation der lutherischen Kirchen in Osteuropa seit der Zugehörigkeit dieser Länder zur Europäischen Union.

Maren Günther

Europa-Union auf diplomatischem Parkett



Gelegenheit, sich den deutschen Spitzen-
diplomaten zu präsentieren, hatte die
Europa-Union erstmals im August auf der
Botschafterkonferenz im Auswärtigen Amt.
„Die EU wird leider viel zu oft als Bürokrata-
tenprojekt wahrgenommen, dabei brauchen
wir ein Europa der Bürgerinnen und Bürger!
Hierzu leistet die Europa-Union Deutsch-
land mit ihrer Arbeit einen wichtigen Bei-
trag“, so Staatsminister Michael Roth bei
seinem Gespräch mit EUD-Präsident Rainer
Wieland am Stand der Europa-Union.

Auf der Botschafterkonferenz treffen
sich jedes Jahr die rund 200 Leiterinnen und
Leiter deutscher Auslandsvertretungen, um
sich über aktuelle außenpolitische Heraus-
forderungen auszutauschen. ■

*Der Staatsminister für Europa, Michael Roth (l.),
besuchte den Stand der Europa-Union auf der Bot-
schafterkonferenz im Auswärtigen Amt. Hier im Ge-
spräch mit EUD-Präsident Rainer Wieland (M.) und
Generalsekretär Christian Moos*
Bild: EUD

Unterstützer gesucht

Parteitage sind ideale Orte, um neue
Mitstreiter für unseren Verband zu ge-
winnen. Auf den Bundesparteitagen im No-
vember und Dezember ist die Europa-Union
Deutschland wieder als Aussteller mit dabei.

Wann und wo?
20.-22.11., Halle: Bundesdelegiertenkon-
ferenz von Bündnis90/Die Grünen
10.-12.12., Berlin: Bundesparteitag
der SPD
14./15.12., Karlsruhe: Bundeparteitag
der CDU

Sind Sie Teilnehmer bzw. gehören Sie zu

den Delegierten? Dann besuchen Sie unseren
Stand und bringen Sie Ihre Parteifreunde und
-freundinnen mit! Auch Aktive für die Stand-
betreuung sind willkommen! Das Team der
Bundesgeschäftsstelle freut sich über jede Un-
terstützung aus den EUD-Verbänden vor Ort.

Ansprechpartnerin: [sandra.schumacher@](mailto:sandra.schumacher@europa-union.de)
europa-union.de, Tel. (030) 303 62 01 34 ■

Kommunales Netzwerk im Aufbau

Nach den erfolgreichen Gründungen
von Europa-Professionell und Parla-
mentariergruppen auf Bundesebene und in
mehreren Landesverbänden will die Europa-
Union Deutschland nun auch die Kommu-
nalpolitiker in den eigenen Reihen mitein-
ander vernetzen. Viele Aspekte der Kommu-
nalpolitik werden heute durch Europarecht

oder Entscheidungen der EU-Ebene beein-
flusst. Die konkrete Arbeit für Europa an der
Basis bietet viele Chancen und stellt einen
bedeutenden Mehrwert für unsere Arbeit
dar. Ein wichtiges Ziel dieses Netzwerks soll
daher auch die überparteiliche Informati-
onsarbeit an der Schnittstelle zwischen Eu-
ropa- und Kommunalpolitik sein.

Das Netzwerk von Kommunalpoliti-
kern in der Europa-Union richtet sich an
die Zielgruppe der kommunalen Man-
datsträger (Stadt- bzw. Gemeinderäte, eh-
ren- und hauptamtliche Bürgermeister

sowie Mitarbeiter in kommunalen Verwal-
tungen). Koordinator des Netzwerks ist
EUD-Präsidiumsmitglied Heinz-Wilhelm
Schaumann (Gemeinderat in Dernau/Ahr),
Kontakt: heinz.schaumann@europa-union.de.

Weitere Informationen zum kommuna-
len Netzwerk sind auf der Homepage [www.](http://www.europa-union.de/kommunales-netzwerk)
europa-union.de/kommunales-netzwerk
zu finden. Interessierte sind herzlich dazu
eingeladen, sich über ein Online-Anmelde-
formular auf der genannten Homepage dem
Netzwerk von Kommunalpolitikern in der
Europa-Union anzuschließen. ■

Wir trauern um Prof. Dr. Hans-Joachim Seeler

Die Europa-Union trauert um einen langjährigen engagierten Weggefährten und Mitstreiter, das EUD-Präsidium um sein Ehrenmitglied. Hans-Joachim Seeler war ein engagierter Europäer der ersten Stunde. Schon als Student hatte er sich Anfang der 50er Jahre der Europäischen Idee verschrieben und setzte sich seitdem beruflich wie auch ehrenamtlich für die europäische Einigung ein.

Der ehemalige Hamburger Senator für Gesundheit, Justiz und Finanzen wurde 1979 in das Europäische Parlament gewählt, dem er bis 1989 angehörte. Der Europa-Union Deutschland trat Hans-Joachim Seeler vor 57 Jahren bei und hat das Gesicht des Verbandes über viele Jahrzehnte entscheidend mitgeprägt. Sowohl in seinem Heimatverband, der Europa-Union Hamburg, als auch auf Bundesebene war er aktiv und hat in unterschiedlichen Funktionen Verantwortung getragen.

Von 1977 bis 1984 war Hans-Joachim Seeler Landesvorsitzender in Hamburg und danach viele Jahre Vorsitzender der Hamburger Landesversammlung. Intensiv brachte er sich auch in den Gremien des Bundesverbandes ein. So war er persönliches Mitglied des Bundesausschusses und mehr als zwei Jahrzehnte Mitglied im Präsidium der Europa-Union, dem er bis zuletzt als Ehrenmitglied angehörte. Für seine zahlreichen Verdienste wurde Hans-Joachim Seeler mit der Europa-Union Medaille ausgezeichnet. Die Europa-Union wird ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.



Bild: Bettina Thöring

Verband Brüssel

Michael Köhler erneut zum Vorsitzenden gewählt

Am 3. September fand die diesjährige Mitgliederversammlung des Brüsseler Verbandes der Europa Union (EUD Brüssel) statt, bei der neben der Entlastung des alten Vorstands auch Neuwahlen des Vorstands auf der Tagesordnung standen. Der Vorsitzende, Dr. Michael Köhler, dankte zunächst der Vertretung des Landes Niedersachsen bei der EU für deren Gastfreundschaft. Darüber hinaus dankte er allen Partnern und Beteiligten der beiden zurückliegenden Jahre, ohne deren Unterstützung die zahlreichen Aktivitäten der EUD Brüssel in dieser Form nicht möglich gewesen wären.

Mit Blick auf die aktuelle politische Verfassung Europas äußerte sich der Vorsitzende der EUD Brüssel besorgt: Die schwerwiegenden Probleme, mit denen Europa rund um Griechenland und die Migrationsfrage kämpfe, zeigten, dass grundlegende Prinzipien des europäischen

Einigungswerks – der Respekt des gemeinsamen Rechtsbestands und der Grundsatz der Solidarität – offenbar nicht mehr außer Frage stünden. Vor diesem Hintergrund sei die Europa-Union mehr denn je gefordert, sich für ein Europa der Bürger und der Bürgerbeteiligung, der Solidarität, des Rechts und der Werte einzusetzen.

Hinsichtlich der Aktivitäten der EUD Brüssel zog Michael Köhler eine positive Bilanz: Neben einem stetig wachsenden Interesse an den zahlreichen Veranstaltungen hob er insbesondere die stabile Mitgliederentwicklung, die aktive Vorstandsarbeit sowie die solide Finanzlage des Brüsseler Verbands hervor. Gleichzeitig ermutigte er die anwesenden Mitglieder, sich (weiterhin) aktiv in die Arbeit der EUD Brüssel einzubringen.

Bei den anschließenden Wahlen zum neuen Vorstand für die beiden kommenden Jahre wurden gewählt: Dr. Michael Köhler (Vorsitzender),

Anne Lauenroth (stellv. Vorsitzende), Georg Becker (stellv. Vorsitzender), Ralf Diemer (Schriftführer), Gert Jauernig (Schatzmeister) sowie als weitere Vorstandsmitglieder Christian Bruns, Christoph Fuchs, Melissa Günnewig, Benjamin Hartmann, Dr. Frank Hoffmeister, Juliane Rinas, Philipp Rosset und Julia Strunk. Dem erweiterten Vorstand wird auch künftig Ralf Bingel angehören, der als Mitglied der EUD Brüssel bereits im Frühjahr erneut ins Präsidium des EUD-Bundesverbandes gewählt wurde.

Verantwortlich: Philipp Rosset



(v.l.n.r.) Gert Jauernig, Anne Lauenroth, Philipp Rosset, Dr. Michael Köhler, Georg Becker, Juliane Rinas, Melissa Günnewig, Christoph Fuchs, Julia Strunk, Dr. Frank Hoffmeister, Christian Bruns, Ralf Diemer
Bild: EUD Brüssel

Schleswig-Holstein

Europa ist in Gefahr

Landesvorsitzender Uwe Döring warnt vor Re-Nationalisierung

Durch die aktuellen politischen Entwicklungen sei Europa ernsthaft bedroht, warnte Uwe Döring, Landesvorsitzender der Europa-Union Schleswig-Holstein. Auf der Landesversammlung des Verbandes im Rathaus Schwarzenbek prangerte er einen „gefährlichen Trend zurück zu nationalen Lösungsansätzen“ an. Er warnte davor, Nationalisten und Euroskeptikern hinterherzulaufen.

Europa stehe vor großen Herausforderungen, so Döring in seiner Eröffnungsrede. Er nannte beispielhaft den Ansturm Geflüchteter in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union. „Kein Staat in Europa wird dieses Problem alleine bewältigen können“, warnte Döring. Er forderte die schnelle Umsetzung des von der EU-Kommission vorgelegten Planes zur Verteilung der Geflüchteten nach einem festen Quotensystem. „Dies kann aber nur der erste Schritt hin zu einem gemeinsamen europäischen Asylsystem sein.“

Die Errungenschaften der europäischen Integration nannte Döring einmalig. 70 Jahre Frieden in Europa seien keine Selbst-

verständlichkeit. Dieser Erfolg aber sei in Gefahr, wenn er lediglich verwaltet werde. Europa müsse vielmehr mit Blick auf die Zukunft gestaltet werden. Uwe Döring forderte eine Weiterentwicklung der EU hin zu einer echten wirtschaftlichen, politischen und sozialen Gemeinschaft. Die Bürgerinnen und Bürger müssten in diese Entwicklung auf demokratische und transparente Weise eingebunden werden.

Vor diesem Hintergrund wies die Europa-abgeordnete Ulrike Rodust in ihrem Vortrag auf die Bedeutung des Europäischen Parlamentes hin. Es sei die Interessenvertretung der Bürgerinnen und Bürger auf europäischer Ebene. Seine Kompetenzen müssten weiter ausgebaut werden.

Die politischen Entwicklungen der vergangenen Jahre hätten in vielen europäischen Ländern die Skepsis in Bezug auf die EU verstärkt. Rechtspopulistische Parteien sind in vielen Mitgliedstaaten auf dem Vormarsch. Uwe Döring warnte vor vermeintlich einfachen Lösungen der Populisten. Döring forderte die Mitgliedstaaten auf, sich jenseits von Sonntagsreden zu einem handlungsfähigen und solidarischen Europa zu bekennen. Auch die Griechenlandkrise oder der bewaffnete Konflikt in der Ukraine könnten von den europäischen Staaten nur gemeinsam bewältigt werden.

Europa in der Thomas-Mann-Schule in Lübeck

Gut vorbereitet, hoch motiviert und mit genauso viel Spaß wie Ernst bei der Sache haben mehr als 30 Schülerinnen und Schüler ein Gipfeltreffen des Europäischen Rates zum Thema Flüchtlingspolitik simuliert – ein hochaktuelles und brisantes Thema! Unterstützt wurden sie dabei vom Team der Europa-Union Schleswig-Holstein.

Im Rahmen ihrer Projektwoche – rund um das Thema Europa und Europapolitik – haben Schülerinnen und Schüler vom 8. bis 12. Jahrgang mehr als viereinhalb Stunden debattiert, diskutiert und an Lösungen gearbeitet. Nach einer Einarbeitungsphase in die jeweilige Rolle durfte zunächst jede Vertretung eine kurze Stellungnahme zum Thema Flüchtlingspolitik abgeben. Anschließend wurde „Lobbyarbeit“ betrieben: Wer vertritt am ehesten die eigenen Interessen und Forderungen, und wer kommt als potenzieller Unterstützer in Frage? Gleichzeitig durfte jedes Land Anträge an die beiden gut strukturierten Ratspräsidentinnen stellen. Diese wurden anschließend vorgelegt und verhandelt.

Es war eine spannende Debatte mit guten Ideen und heißumkämpften Punkten. Dabei sind alle in ihren Rollen geblieben. Das war zwar manchmal eine Herausforderung, wurde aber von allen hervorragend gemeistert. Bis zum Schluss wurde konsequent gearbeitet. Am Ende gab es ein paar gute Lösungsansätze. Planspielreferent Enrico Kreft lobte das Engagement der Schülerinnen und Schüler: „Von eurer Kreativität und Kompromissbereitschaft könnten sich viele echte Politikerinnen und Politiker eine Scheibe abschneiden!“

Die Thomas-Mann-Schule in Lübeck trägt zu Recht den Titel Europaschule. Auch wenn es zwischen den „verschiedenen Nationen“ einige Kontroversen gab, waren sich die Schülerinnen und Schüler einig: Jede europäische Nation sollte ihren Beitrag leisten, Flüchtlingen zu helfen.

Sabrina Schönfeld

Verantwortlich: Henrike Menze



Die rund 100 Gäste und Delegierten des Landesverbandes hielten ihre persönlichen „Gründe für Europa“ fest und ließen diese mit Europa-Luftballons steigen.
Bild: EUD Schleswig-Holstein

Thüringen

Gemeinsame Projekte von Europa-Union und JEF

Der Sommer 2015 war geprägt durch gemeinsame Projekte von Europa-Union Thüringen (EUT) und Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) Thüringen. Während das Frühjahr von Besuchen der Europa-Union in Thüringer Schulen, Berufsschulen und Unternehmen geprägt war, heizte der Landesverband mit dem allgemeinen Wettertrend im Sommer bei einer öffentlichen Debatte zu Freihandelsabkommen ein. Unter dem Titel „Streit um die Streitbeilegung – TTIP und die Schiedsgerichtsbarkeit“ fand im Juli eine Podiumsdiskussion im Europäischen Informationszentrum (EIZ) in Erfurt statt. Die gemeinsame Veranstaltung von EUT und JEF wandte sich der – anlässlich von TTIP – hitzig diskutierten Investor-Staat-Streitbeilegung zu. Ziel war es, ein Spezialthema losgelöst von anderen Themen en detail mit

interessierten Bürgerinnen und Bürgern sowie Fachpublikum zu diskutieren.

Zur diesjährigen Landesversammlung der JEF Thüringen feierte diese im Juli nicht nur ihr 10-jähriges Jubiläum. Neben der Wahl des neuen Vorstandes wurde auch ein neues Logo präsentiert, das sich an die Corporate-Design-Strategie des Europaverbandes anlehnt und damit eine europaweite Wiedererkennbarkeit des gesamten Verbandes gewährleisten soll. Gast der JEF-Landesversammlung war auch Gabriele Kalb, die als Landesvorsitzende der Europa-Union Thüringen in einem Grußwort die gute Zusammenarbeit zwischen EUT und JEF würdigte. Beide Verbände waren erneut zum Tag der offenen Tür und dem Europafest der Thüringer Staatskanzlei am 13. September mit einem gemeinsamen Stand vor Ort. Und nicht zuletzt ist die Europa-Union Thüringen gemeinsam mit der JEF Thüringen Mitausrich-



Ein kompetent besetztes Podium vor zahlreichen Besuchern im EIZ in Erfurt
Bild: EUD Thüringen

ter der EUD-Akademie in Jena in der zweiten Oktoberhälfte. „Die Europa-Union und die JEF für die Zukunft fit machen“ – Das ist das Ziel der gemeinsamen Akademie im Oktober 2015. Aktive aus EUD und JEF arbeiten gemeinsam zwei Tage lang an Ideen und Formaten für die Mitgliedergewinnung und -bindung.

Verantwortlich: Dr. Claudia Conen

Sachsen

Ein Sommer der ersten Schritte

Es war ein aufgeheizter Sommer aus sächsischer Sicht, denn gerade dieses Jahr kamen aus dem Land weniger aufbauende Berichte. Dies ist aber nur einer der Gründe, warum die Europa-Union hier schnell auf eigenen Füßen stehen muss, um sich den anti-europäischen Strömungen in Sachsen entgegenzustellen. Der Landesverband machte diesen Sommer seine ersten Schritte und konnte dabei auf die starke Unterstützung seiner europäischen Partner in Sachsen bauen.

Ein erster Schritt bestand darin, die Ziele und Leitlinien der Europa-Union Sachsen auch auf öffentlicher Ebene bekannt zu machen. Unter dieser Zielstellung wurde die Sommerpause genutzt, um erste Vorstellungsgespräche zu führen. Der Landesverband erhielt hierauf viele positive Rückmel-

dungen, die sowohl aus dem politischen Bereich, wie dem Sächsischen Landtag und der Sächsischen Staatsregierung, als auch aus dem privaten Umfeld der Mitglieder kamen.

Nachdem erste Ideen für gemeinsame Aktionen mit den Mitgliedern besprochen wurden, fanden in der darauf folgenden Etappe die Vorarbeiten für einige grenzübergreifende Projekte mit der Tschechischen Republik statt. Im Fokus standen insbesondere die Nutzung der an der Elbe befindlichen Weinanbaugebiete sowie die Frage, wie eine engere Zusammenarbeit im sächsisch-tschechischen Grenzgebiet möglich ist.

Ein weiterer wichtiger Schritt war der Beitritt der Europa-Union in den Landesverband der Europäischen Bewegung Sachsen. Mit diesem Akt soll demonstriert werden, dass zwischen den beiden Vereinen eine enge Zusammenarbeit und keine Konkurrenz existiert, um so einen gemeinsamen Weg für Europa zu definieren. Europa-Union-Landesvorsitzende Katharina Wolf äußerte sich zufrieden über das Ergebnis: „Ich freue mich sehr über die wohlwollende

bis begeisterte Aufnahme unseres neuen Landesverbandes im Kreis der proeuropäischen Akteure. In Zeiten, in denen mit Steinen auf die Grundwerte Europas geworfen wird, ist es wichtig, Europa vor Ort ein Gesicht zu geben und die Stimme für ein gemeinsames Europa zu erheben – auch und gerade in Sachsen.“

Ein weiterer Meilenstein war die Eintragung des Landesverbandes in das Vereinsregister Anfang August. Die aktuellste Maßnahme ist die Einrichtung einer äußerst attraktiven Postadresse in Leipzig, die für die künftige klassische Korrespondenz verwendet werden soll.

„Der jüngste Landesverband der Europa-Union Deutschland hat noch einen langen Weg zu gehen, aber mit der Unterstützung unserer couragierten, engagierten Mitglieder in und außerhalb von Sachsen können und werden wir für die europäischen Ideale in Sachsen und darüber hinaus werben“, betonte Katharina Wolf.

Verantwortlich: Katharina Wolf

Nordrhein-Westfalen

Europa-Union im Landtag

Abgeordnete aus allen Fraktionen des Landtags sind Anfang September der Einladung der Europa-Union zu einem parlamentarischen Frühstück gefolgt. Neben dem Landesvorsitzenden Wolfram Kuschke betonte auch die Landtagspräsidentin Carina Gödecke, dass die Europa-Union ein wichtiger Partner der Politik im Land sei und unverzichtbar, wenn es darum gehe, die Menschen über Europa zu informieren und europäische Themen zu vertreten. Der Vizepräsident des Europäischen Parlamentes und Präsident der Europa-Union Deutschland, Rainer Wieland, erläuterte die Vorteile der überparteilichen Zusammenarbeit und lud die Abgeordneten ein, persönlich der Europa-Union beizutreten. Mehrere Teilnehmer nutzten die Gelegenheit und füllten noch vor Ort den Mitgliedsantrag aus.

Kreisverband Münster ehrt die „Singende Revolution“

Stellvertretend für die baltischen Völker nahmen Anfang September im Festsaal des Regierungspräsidenten in Münster bedeutende Persönlichkeiten der „Singenden Revolution“ die Coudenhove-Kalergi-Plakette entgegen. So war aus Litauen Prof. Dr. Vytautas Landsbergis, das erste litauische Staatsoberhaupt nach Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1990, angereist. Für Lettland erhielt der Politiker und Journalist Dainis Ivans diese Auszeichnung und für das Volk Estlands Tri-



(v.l.n.r.) Prof. Dr. Vytautas Landsbergis, Dainis Ivans und Trivimi Velliste mit dem Vorsitzenden der Europa-Union NRW, Wolfram Kuschke, dem stellv. Vorsitzenden der Europa-Union Münster, Werner Jostmeier MdL, EUD-Präsident Rainer Wieland und weiteren Vorstandsmitgliedern der Europa-Union Münster

Bild: Rainer Wenning

vim Velliste, ehemaliger Außenminister und UN-Botschafter. Neben diesen Ehrengästen wohnten die Botschafter dieser Staaten sowie mehr als 100 weitere Gäste aus dem In- und Ausland der Preisverleihung bei.

Anlass für die Ehrung waren die Vorgänge in Estland, Lettland und Litauen in den 1980er Jahren. Um für die Unabhängigkeit der baltischen Staaten zu demonstrieren, bildeten die Bürger am 23. August 1989 mit rund zwei Millionen Menschen den „Baltischen Weg“, eine Menschenkette über eine Länge von 600 Kilometern – von Tallinn über Riga nach Vilnius, und setzten damit in der Geschichte der europäischen Integration ein historisches Zeichen. Dem vorangegangen waren zahlreiche Kundgebungen, bei denen Hymnen gesungen worden waren, welche die Sowjetmacht verboten hatte.

In seiner Laudatio schlug EUD-Präsident Rainer Wieland den Bogen zwischen der

friedlichen Revolution von damals und den Herausforderungen der Europäischen Union heute unter lobender Anerkennung der gewaltfreien, freiheitsliebenden, geschichtsbewussten Veränderung Europas. Die Preisträger bedankten sich einmütig mit dem Hinweis, dass der Fall der Berliner Mauer ohne die vorangehenden Ereignisse in den baltischen Staaten nicht denkbar gewesen wäre. Sie riefen aber auch in ungeahnt eindringlicher Mahnung zur Wachsamkeit gegenüber dem Russland der Gegenwart auf.

Ermöglicht wurde die Veranstaltung durch die Zusammenarbeit mit den Botschaftern der baltischen Staaten, der Stadt und der Bezirksregierung Münster, zahlreichen finanziellen Förderern und nicht zuletzt durch die Kooperationsbereitschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Verantwortlich: Kirsten Eink

Trauer um Martin Kersting

Mit Martin Kersting, dem amtierenden Schatzmeister des Landesverbandes NRW, der am 31. August an seinem schweren Krebsleiden verstarb, verliert die Europa-Union nicht nur in Nordrhein-Westfalen einen profilierten Mitstreiter für ein geeintes, friedliches und demokratisches Europa, sondern auch weit über die Grenzen des Landes hinaus.

Als langjährigem Vorsitzenden im Kreis Unna, Mitglied des „Team Europe“ und europapolitischem Dozenten lag dem Juristen bis zuletzt besonders die Vernetzung der Kommunen mit anderen europapolitischen Akteuren am Herzen. Er wird uns immer in dankbarer Erinnerung bleiben.



Bild: EUD NRW

Niedersachsen

Europa-Union beim „Tag der Niedersachsen“

Am letzten Wochenende im Juni präsentierte sich der Landesverband mit einem Informationsstand auf der Ausstellermeile beim „Tag der Niedersachsen“ in Hildesheim.

papolitik war die überwiegend aufgeschlossene Reaktion bei den Besucherinnen und Besuchern bemerkenswert. „Trotz Griechenlandkrise und manchen Untergangsszenarien in den Medien unterscheiden die Menschen zwischen Entscheidungen einzelner Regierungen und der großen europäischen Idee. Die Zustimmung der Besucherinnen und Besucher beim Tag der Niedersachsen war jedenfalls groß“, so das erfreuliche Resümee des Landesvorsitzenden Wolfgang Zapfe.

offene und aufgeschlossene Gesellschaft auch die Europabewegung mitwirkte, fand bei Veranstaltern und Besuchern erfreulich starke Beachtung und Anerkennung.

Parlamentariergruppe

Bernd Lange referierte über TTIP

In der letzten Sitzungswoche des Niedersächsischen Landtags vor der Sommerpause hatte der Landesverband zu einer Veranstaltung mit der interfraktionellen Parlamentariergruppe der Europa-Union eingeladen. Zum „Freihandelsabkommen EU – USA“ berichtete der Europaabgeordnete Bernd Lange, Vorsitzender im Ausschuss „Internationaler Handel“, über den aktuellen Stand der Verhandlungen und strittige Positionen zwischen den Verhandlungspartnern. Mit seiner Resolution vom 8. Juli hat das Europäische Parlament (EP) vor dem Start in die zehnte Verhandlungsrunde der EU-Kommission wesentliche Orientierungsdaten vorgegeben. Danach müssen für Handelsverträge mit der EU neue Regelungen zum Schutz von Investitionen erarbeitet werden. Private Schiedsgerichte sind für das EP vom Tisch. Auch die öffentliche Daseinsvorsorge, u.a. Wasserversorgung und soziale Leistungen, sollen vom Freihandel ausgeschlossen bleiben. Sowohl der Schutz geistigen Eigentums und der kulturellen Vielfalt als auch Arbeitnehmerrechte seien zu sichern. Nicht „free trade“, sondern „fair trade“ sei Maßstab für den Handel begleitende Regeln.



Reger Andrang am Infostand der Europa-Union beim „Tag der Niedersachsen“ in Hildesheim

Bild: EUD Niedersachsen

Auf welche positive Resonanz das Informationsangebot stieß, zeigte nicht nur die Nachfrage nach den angebotenen Informationsbroschüren, sondern auch das starke Interesse an Gesprächen über aktuelle europapolitische Themen wie die griechische Schuldenkrise oder den Ukraine-Russland-Konflikt. Ein „Europa-Quiz“ und ein „Europa-Puzzle“ forderten zu aktiver Beteiligung heraus. Im Quiz mussten Hauptstädte, Flüsse, Politiker oder historische Persönlichkeiten den jeweiligen Ländern Europas zugeordnet werden. Vor allem Kinder formten beim „Europa-Puzzle“ aus einzelnen Länderteilen den Kontinent Europa.

Prominenten Besuch erhielt die Europa-Union vom niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil während seines Rundgangs über das Ausstellungsgelände. Angesichts der öffentlichen Berichterstattung mit ihren oft negativen Kommentaren zur Euro-

Oldenburg

Demokratie in Europa

Von positiven Erfahrungen kann der Verein Europa-Union/Europäische Föderalisten Oldenburg berichten, der sich mit einem Informationsstand am erstmals von der Stadt Oldenburg ausgerichteten Demokratiefest auf den Dobbenwiesen beteiligte. Unter dem Motto „Demokratische Werte stärken und schützen“ boten Vereine, Verbände, Gewerkschaften, Kirchen und Parteien ein buntes, abwechslungsreiches Programm für Jung und Alt. Die Europa-Union war gebeten worden, zum Thema „Demokratie in Europa“ verschiedene kurze europapolitische Workshops anzubieten, die nun in Treffs der Jungen Europäischen Föderalisten weiter diskutiert werden sollen. Dass im Rahmen eines solchen demonstrativen Festes für eine

Die Diskussion im voll besetzten Veranstaltungsraum machte deutlich, dass gerade der beeindruckende Forderungskatalog des EP viele Fragen zu Inhalten und Vorgehensweisen in den Verhandlungen mit den USA aufwirft. Ob das Freihandelsabkommen wegweisend für globale Handelsbeziehungen werden kann, wird das Verhandlungsergebnis zeigen. Für die USA scheint das Handelsabkommen mit dem pazifischen Raum derzeit Priorität zu haben, so dass unter Berücksichtigung des bevorstehenden Präsidentschaftswahlkampfes wohl kaum vor 2017 mit abschließenden Beratungen eines Abkommens mit der EU in den Parlamenten zu rechnen ist. Informations- und Diskussionsbedarf bleiben.

Verantwortlich: Adolf Schröder

Berlin

Auch im Jahr nach der Europawahl weiter mit Schwung

Am 2. Juli trafen sich die Mitglieder der Europa-Union Berlin (EUB) zur Jahreshauptversammlung in der Europäischen Akademie Berlin (EAB). Neben dem Jahresbericht der Landesvorsitzenden Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann stand unter anderem ein Impulsreferat mit anschließender Diskussion von Professor Eckart Stratenschulte, Leiter der EAB, auf der Tagesordnung.

In seinem Vortrag ging Prof. Stratenschulte auf die aktuelle Krisenstimmung in der Europäischen Union ein. Laut Stratenschulte sähe sich die Europäische Union mit einem Legitimationsproblem konfrontiert.

Die Bürgerinnen und Bürger in der EU seien nicht mehr zufrieden mit den Ergebnissen europäischer Politik sowie mit den Entscheidungsprozessen. Um die Zustimmung zu und das Vertrauen in die Europäische Union zu stärken, wäre eine große Kommunikationsleistung notwendig. Unter anderem schlug Stratenschulte vor, die Anzahl der Sitzungswochen des Europäischen Parlaments zu reduzieren, damit die Abgeordneten mehr Zeit in ihren großen Wahlkreisen verbringen könnten.

Im Anschluss folgte die Aussprache über die Aktivitäten der EUB und die Entlastung des Landesvorstandes für 2014. Landesvorsitzende Sylvia-Yvonne Kaufmann unterstrich in ihrem Bericht: Vor dem Hintergrund der Zunahme von politischen Kräften, deren Ziel es sei, die EU zu zerstören, wäre das Engagement von Verbänden wie der Europa-Union unverzichtbar. Sie dankte allen Mitgliedern für die gute Zusammenarbeit an den zahl-

reichen Projekten und Veranstaltungen in den vorangegangenen zwölf Monaten, in denen die EUB erstmals über 600 Mitgliedschaften zählte. Auch für die folgenden Monate hat die EUB zahlreiche Veranstaltungen im Visier, wie die Diskussion mit der luxemburgischen Ratspräsidentschaft sowie das Format „Europa ist hier“ im Roten Rathaus.

Titus Lienen, stellvertretender Vorsitzender der Jungen Europäischen Bewegung Berlin-Brandenburg (JEB), berichtete im Anschluss über anstehende und vergangene Projekte der JEB. Sylvia-Yvonne Kaufmann und Titus Lienen waren sich beide darin einig, dass die Kooperation zwischen JEB und EUB äußerst erfolgreich und für beide Verbände fruchtbar sei. Im Garten der Europäischen Akademie diskutierten die Gäste weiter und ließen bei Würstchen, Salat und Getränken den gelungenen Abend ausklingen.

Verantwortlich: Anne Freidank

Saarland

Europa-Union regt Beflaggung mit Trikolore am 14. Juli im Saarland an

Die Europa-Union Saar hat den Landtagsfraktionen und den zuständigen Ressorts der Landesregierung den Entwurf eines Gesetzes zur Beförderung einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur in der SaarLorLux-Region zugeleitet. Mit diesem Gesetzentwurf will die Europa-Union Saar ein Zeichen setzen: für eine zusätzliche Beförderung der Frankreich-Strategie unseres Landes und für mehr europäische Zusammengehörigkeit in der SaarLorLux-Region als Reaktion auf die wachsenden Herausforderungen für die EU wie für Europa im Allgemeinen.

Der Landesvorsitzende der Europa-Union Saar, Dr. Jörg Ukrow, erklärte in diesem Zusammenhang: „Das Saarland gehörte zu

den ersten Bundesländern, in dem aus offiziellen Anlässen auch mit der Europa-Flagge beflaggt wurde. Das Saarland könnte bei einer Umsetzung des Vorschlages der Europa-Union Saar das erste deutsche Bundesland werden, das sich der deutsch-französischen Freundschaft auch symbolisch durch Beflaggung mit der Trikolore am 14. Juli zusätzlich öffentlich wahrnehmbar verpflichtet.“ Eine entsprechende symbol- und geschichtspolitische Initiative würde aus Sicht des Europa-Union-Landesverbandes durch die im Gesetzentwurf vorgeschlagenen bildungs- und medienpolitischen Maßnahmen nachhaltig ergänzt und befördert werden. Namentlich sollte im schulischen Bereich, stärker noch als bislang, aus Sicht der Europa-Union durch



Die französische Trikolore am 14. Juli bald auch im Saarland?

Bild: EU-Kommission

Erziehung und Unterricht die europäische Einigung und die interregionale Zusammenarbeit gefördert werden – auch durch Beiträge zur Entwicklung einer europäischen Erinnerungskultur.

Die Gesetzesinitiative ist auf der Internetseite des Landesverbandes unter www.eu-saar.de abrufbar.

Verantwortlich: Dr. Jörg Ukrow

Baden-Württemberg

Landesvorstand tagte in Waldshut

Der neue Landesvorstand traf sich zu seiner zweiten Sitzung in Waldshut. Landrat Dr. Martin Kistler hieß die Vorstandsmitglieder in der Altstadt willkommen und informierte über die Europaarbeit im Landkreis. Er sagte seine Unterstützung für die Stärkung des Kreisverbandes und für den Europäischen Schülerwettbewerb zu. Landesvorsitzende Evelyne Gebhardt MdEP hatte eingangs auf die immer wiederkehrende Notwendigkeit, Europa den Bürgern näher zu bringen, hingewiesen. Kreisvorsitzender Rainer Eschbach zeigte sich über die Bereitschaft des Landrats zur Unterstützung ebenso erfreut wie darüber, dass der Landesvorstand nach Waldshut gekommen sei. Im Rahmen der Tagung wurde auch mit Vertretern anderer südbadischer Kreisverbände über die Situation vor Ort beraten. Es zeige sich, dass die Sitzungen vor Ort einen echten Mehrwert bringen würden, so das Fazit der Landesvorsitzenden.

SWR-Rundfunkrat

Landesvorstandsmitglied Jonathan Berggötz ist seit Juli eines von 74 Mitgliedern des Rundfunkrats des SWR und vertritt den Verband in den kommenden fünf Jahren im Gremium des Senders. Der neue SWR-Staatsvertrag sieht einen gemeinsamen Sitz im Rundfunkrat für die überparteiliche Europa-Union und den Bund der Vertriebenen vor, den der 28-jährige Rastatter nun innehat.

Bürgermeisterwahlen

Die Europa-Union gratuliert vier ihrer Mitglieder zur erfolgreichen Wahl ins Amt: Marian Schreier (25) wurde in der Gemeinde Tengen (Kreis Konstanz) als jüngster Bürgermeister in Baden-Württemberg gewählt, Markus Kleemann (30) war in Oberstenfeld (Kreis Ludwigsburg) und Stefan Friedrich (31) in Allensbach

erfolgreich. Der stellv. Landesvorsitzende Simon Blümcke wurde vom Gemeinderat der Stadt Ravensburg zum Ersten Bürgermeister gewählt.

Tuttlingen

Straßburg-Fahrt

Der Kreisverband besuchte das EU-Parlament in Straßburg. Nach einer inhaltlichen Einführung durch die Vorsitzende Wencke Weiser berichtete ihr Stellvertreter Willi Kamm von den Eindrücken seiner Reise „Black to Black“ ans Schwarze Meer. Nach einem gemeinsamen Mittagessen in der Parlamentskantine stand EUD-Präsident Rainer Wieland MdEP den Besuchern Rede und Antwort. Anschließend konnten die Gäste von der Besuchertribüne eine Plenarsitzung mitverfolgen. Im Anschluss stand eine Führung durch die Straßburger Altstadt inklusive Münster-Besuch auf dem Programm.

Heilbronn

TTIP

Fast 100 Interessierte waren der Einladung des Kreisverbandes und der ZEAG Energie AG gefolgt, um über das zwischen der EU und der USA zu verhandelnde Freihandelsabkommen zu diskutieren. Das Podium war mit Friedlinde Gurr-Hirsch MdL (CDU), Josip Juratovic MDB (SPD), Richard Pitterle MDB (DIE LINKE), Daniel Renkonen MdL (Bündnis90/Die Grünen), Stadtrat Nico Weinmann (FDP) und Eckard Veil (ZEAG Vorstandsvorsitzender) fachlich und parteiübergreifend sehr gut besetzt.

Mitglieder der Europa-Union und interessierte Bürger reisten nach Brüssel, um sich vor Ort einen Überblick über das politische Europa zu verschaffen und mit professionellen Interessenvertretern aus Baden-Württemberg sowie Beamten der EU-Kommission über die aktuellen Ereignisse rund um Europa zu diskutieren. Auf Initiative des Kreisvorsitzenden Heinrich Kümmerle wurde diese Bildungsfahrt um die Besichtigung eines der vielen Schlachtfelder des Ersten Weltkrieges – Verdun – ergänzt, um an die Bedeutung des Friedensprojekts Europa zu erinnern.

Mannheim

Zukunft Europa

Zusammen mit den Jungen Europäern/JEF lud der Kreisverband zu einer Gesprächsrunde über die Zukunft Europas ein. Peter Simon MdEP (SPD), Gerhard Schick MDB (Grüne) und Stadtrat Claudius Kranz (CDU) vertraten die verschiedenen Politikerebenen und Parteien. Auch die Politikwissenschaftlerin Prof. Jale Tosun und Constantin Schäfer, Mitgründer des Vereins Bringing Europeans Together Association, brachten ihre Sichtweisen in das interessante Podiumsgespräch ein.

Junge Europäer/JEF

Neue Kreisverbände

Die Jungen Europäer/JEF sind nun in Ulm und in den Landkreisen Calw und Freudenstadt mit Kreisverbänden vertreten. Bei der Gründungsversammlung in Ulm hielt EUD-Präsident Rainer Wieland die Festrede. Zu der gut besuchten Veranstaltung im Haus der Donau waren auch der Erste Bürgermeister Gunter Czisch und Ronja Schmitt MDB als Ehrengäste gekommen. Neuer Kreisvorsitzender ist Michael Joukov. Zur Gründungsversammlung des Kreisverbandes Calw/Freudenstadt konnte Hans-Ulrich Rülke MdL als Festredner gewonnen werden. Zum Kreisvorsitzenden wurde Tobias Roller gewählt.

Sommercamp

In Kooperation mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge führten die Jungen Europäer/JEF ein Sommercamp in Gurs (Südfrankreich) durch. Im Oktober 1940 wurden fast alle Juden aus Baden in das Internierungslager nach Gurs deportiert, viele verloren dort ihr Leben. 2015 jährt sich dieses schreckliche Ereignis zum 75. Mal. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer verbrachten zwei Wochen in Südfrankreich und stellten auf dem Deportiertenfriedhof in Gurs unter fachkundiger Anleitung des Volksbundes die Grabsteininschriften wieder her. Daneben gab es ein vielfältiges Besuchsprogramm im Südwesten Frankreichs.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg

Rheinland-Pfalz

Sieger im Europäischen Wettbewerb geehrt

Fast 150 Erste Landespreisträger kamen zur zentralen Abschlussveranstaltung des 62. Europäischen Wettbewerbs nach Höhr-Grenzhausen. Landrat Achim Schwickert gab beim Begrüßungsempfang seiner Freude Ausdruck, dass die Veranstalter erstmals eine Stadt im Westerwald gewählt haben, wo der Wettbewerb seit langem zum festen Bildungsangebot seines Kreises gehöre.

Die Europa-Union organisierte für 220 Gäste interessante Einblicke in die handwerkliche und künstlerische Arbeit des keramischen Handwerks. Im Keramikmuseum Westerwald fand die von Schülern musikalisch umrahmte Feierstunde statt, in der Ministerialrat Dr. Klaus Sundermann die Grüße seiner Ministerin überbrachte, die Fächer übergreifende Bedeutung des Wettbewerbs unterstrich und allen Beteiligten auf Landes- und Kreisebene dankte.

Trier

Europäische Weinprobe

Auch in diesem Jahr veranstaltete der Kreisverband seine traditionelle Europäische Weinprobe. Zahlreiche Mitglieder der Europa-Union und der JEF sowie Freunde waren zur Freude des Vorsitzenden Prof. Dr. Werner Lorig der Einladung gefolgt, um die Weine zu kosten. Dr. Karl-Heinz Faas, der jahrzehntelang die Staatliche Domäne Trier geleitet hatte, gab fachkundige Erläuterungen zu den europäischen Weinanbaugebieten.

Bitburg-Prüm

Im Bürgerdialog

Bei der Jahreshauptversammlung konnte Vorsitzender Klaus Juchmes auf die vielfältigen Europa-Begegnungen des Kreisverbandes in Brüssel, Straßburg, Maastricht, Berlin, Bonn und Luxemburg hinweisen. Der neue Vorstand besteht neben dem Vorsitzenden



Die Reisegruppe aus Mayen-Koblenz in der Völklinger Hütte

Bild: EUD Mayen-Koblenz

Klaus Juchmes (Waxweiler) aus seinen drei Stellvertretern Michael Helbach (Irrel), Rainer Hoffmann (Arzfeld) und Helmut Schilz (Sülm), Schatzmeister Ingolf Bermes (Bitburg), Geschäftsführer Bernhard Kreutz (Bettingen) und den sechs Beisitzern Hans-Michael Brühl (Echternacherbrück), Harald Elsen (Irrel), Guido Johanns (Bollendorf), Oswald Keschtges (Krautscheid), Heike Linden (Klausen) und Willi Neuhaus (Wißmannsdorf).

Gastredner Dr. Werner Langen MdEP ging u.a. auf die Themen TTIP und Schuldenkrisen sachkundig und verständlich für alle ein. Im anschließenden regen Dialog konnte der Europaabgeordnete alle Kontroversen um diese Themen mit den Teilnehmern diskutieren. Bitburgs Bürgermeister Joachim Kandels bedankte sich beim Kreisverband für die informative Veranstaltung, die Europa sachkundig etwas näher zu den Bürgern gebracht hätte.

Mayen-Koblenz

Weltkulturerbe besucht

Ein Monster? Ein Monster aus Rost und Stahl! Als Erstes sieht man von weitem die abgeknickten, meterdicken Rohre: Bilden sie nicht den gezackten Buckel eines Ungeheuers? Im Näherkommen sieht man es dann da liegen, gewaltig, aber still, kalt, die stählerne Haut vom Rost angefressen.

Nichts glüht, nichts zischt und qualmt mehr, nichts dröhnt und kreischt mehr – schon seit 1986. Da wurde der stählerne Industrie-Dinosaurier, die Völklinger Hütte, von der Stahlkrise gepackt, in die Knie gezwungen, nach 100 Jahren ununterbrochener Produktion. Eine Katastrophe für mehrere Tausend Arbeiter, für die Stadt und für das Saarland. Die Hütte hatte zwei Kriege unbeschadet überstanden – dem Druck des Weltmarkts konnte sie schließlich nichts mehr entgegensetzen.

Aber das Monster hat ein zweites Leben geschenkt bekommen, als einmaliges europäisches Industriedenkmal ist es seit 1994 sogar Weltkulturerbe der UNESCO, und die Menschen strömen zu Hunderttausenden jährlich hierher, so auch Mitglieder und Gäste des Kreisverbandes. Während des Krieges wurden hier über 12.000 Menschen zum Arbeiten gezwungen – französische, italienische und russische Kriegsgefangene oder aus der Sowjetunion verschleppte Zivilpersonen. Nach dem Krieg nahm so wie hier 1951 in den deutschen, luxemburgischen und französischen Stahlwerken mit der „Montan-Union“ die europäische Einigung ihren ersten, zaghaften Anfang – brauchte man doch für den Wiederaufbau im zerstörten Europa Unmengen an Stahl.

Verantwortlich: Anna Schneider

Hessen

Wiesbaden-Rheingau-Taunus

Preise verliehen

An 47 Jugendliche aus der Landeshauptstadt Wiesbaden und der Region Rheingau-Taunus wurden in festlichem Rahmen am letzten Schultag vor den Sommerferien die Preise im Europäischen Wettbewerb verliehen. Mit gut 120 Schülerinnen und Schülern, Eltern, betreuenden Pädagogen und weiteren Gästen war der Saal im Hessischen Landtag gut gefüllt.

Peter Niederelz, der Kreisvorsitzende der Europa-Union, erinnerte daran, dass der 1953 begründete Europäische Wettbewerb älter sei als die Europäische Union selbst: „Der europäische Schülerwettbewerb ist ein wichtiger Wegbegleiter der Europäischen Integration.“ In diesem Jahr stand er unter dem Motto: „Europa hilft. Hilft Europa?“ In diesem Zusammenhang rief Niederelz zu einer friedvollen und freundlichen Willkommenskultur gegenüber allen Menschen auf, die aus Angst um Leib und Leben zu uns fliehen. Mit großer Freude überreichte er daher Preise für bemerkenswerte Arbeiten. Preise erhielten Schülerinnen und Schüler der Europa-Schule Dr. Obermayr in Wiesbaden, der Wilhelm-Leuschner-Schule in Kostheim, der Graf-Stauffenberg-Schule

in Flörsheim und der Freiherr-vom-Stein-Schule in Eppstein.

Kassel

Minderheitenrechte

Während einer sechstägigen Studienreise der Europa-Union Kassel haben sich 34 Teilnehmer(innen) über die Geschichte sowie das heutige Leben der Minderheiten und deren Rechte beiderseits der deutsch-dänischen Grenze informiert. Der blutige Krieg zwischen Deutschen und Dänen im Jahre 1864 sowie das sechzigjährige Jubiläum der Regelung der Minderheitenrechte durch die Bonn/Kopenhagener Erklärungen im Jahr 1955 waren der Anlass der Reise in die Europäische Akademie Sankelmark bei Flensburg. Der Besuch der Ausstellung sowie die Besichtigung der Exponate am Ort der Schlacht an den

die Reisegruppe der Europa-Union Kassel feststellen, dass Deutsche und Dänen durch den Minderheitenschutz vom Gegeneinander zum Miteinander gefunden haben. Der Schutz ihrer Rechte, die Bewahrung und Förderung ihrer Sprache und Kultur haben im besten Sinne dazu beigetragen, dass die Minderheiten heute Brückenbauer zwischen Deutschland und Dänemark geworden sind. „Diese positiven Erfahrungen sind wegweisend und könnten für andere Minderheiten-



Die Reisegruppe der Europa-Union Kassel vor der 1864 zerstörten und danach wiederaufgebauten Mühle an den Düppeler Schanzen, wenige Kilometer entfernt von der dänischen Stadt Sonderburg
Bild: EUD Kassel

Düppeler Schanzen von 1864 zeigte die Schrecken des Krieges und machte deutlich, wohin es führen kann, wenn Minderheiten ihre Sprache und Kultur aufgeben sollen.

Nach Treffen mit Vertretern der deutschen Minderheit im dänischen Apenrade, der dänischen Minderheit in Flensburg, einer dänischen Schule in Schleswig sowie Vertretern der Europa-Union aus Tarp konnte

konflikte in Europa als Modell dienen“, so Wolfgang Evers vom Vorstand der Europa-Union Kassel.

Die Besichtigung der über eintausend Jahre immer wieder genutzten Befestigungsanlagen der früheren dänischen Südgrenze am Danewerk sowie der Wikingersiedlung Haithabu gehörten ebenso zum Programm wie eine Führung im 900 Jahre alten Dom zu Schleswig mit seinem berühmten Bordesholmer Altar. Ein touristischer Höhepunkt war die Fahrt mit einem Ausflugsschiff auf dem Schlei-Fjord von der Ostsee zum Hafen in Schleswig. Zum kulturellen Teil der Reise gehörte eine Führung durch das Nolde-Museum im deutschen Seebüll, verbunden mit einer Busfahrt durch Noldes Landschaft mit den heute dänischen Orten Nolde und Tondern.



Die Preisträgerinnen und Preisträger im Europäischen Wettbewerb
Bild: EUD Wiesbaden-Rheingau-Taunus

Verantwortlich: Sven Ringsdorf

Brandenburg

Deutsch-Polnisches Jubiläumsjahr 2016 ante portas

Das Jubiläumsjahr des Deutsch-Polnischen Vertrages, mit dem vor 25 Jahren die Nachbarschaft im sich weiter vereinigenden Europa auf neue Füße gestellt wurde, wirft seine Schatten in Brandenburg voraus: Die deutsch-polnischen Netzwerke und europäischen Brücken sind auch im übertragenen Sinne vielfältiger und zahlreicher geworden. Und so ist es kein Wunder, dass es bei persönlichen wie institutionellen Kontakten von diesseits nach jenseits der Oder immer häufiger darum geht, wie man die europäisch denkenden und fühlenden Menschen in Polen, die sich für Europa in vergleichbarer Weise wie wir in der brandenburgischen Europa-Union (EUBB) engagieren möchten, in diesem Engagement unterstützen kann.

Motivation zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Im Jahr vor dem Vertragsjubiläum ziehen Bürgerinnen und Bürger auch in Polen Bilanz und schauen sich um, wo in Europa Menschen ihr Europa mitgestalten wollen und können, und ihr Blick richtet sich nicht überraschend nach Deutschland und dort besonders in das Bundesland, mit dem man die längste gemeinsame Grenze hat. Dass dabei auch die Doppelstadt Frankfurt/Oder – Slubice und die Europa-Universität Viadrina gute Bedingungen schaffen und außerdem die polnische Herkunft von Karina Filusch, der stellv. Landesvorsitzenden der EUBB, hilfreich und motivierend wirken, ist kein Wunder, begrenzt aber die Chancen der Kooperation keineswegs auf diese Region. In den zurückliegenden Monaten wurden engere Verbindungen auch nach Poznan geknüpft. Poznan ist eine der größten polnischen Städte und verfügt über eine der renommiertesten polnischen Universitäten. Hier tummeln sich namhafte Wissenschaftler mit europäischem und internationalem Profil. Poznan wächst immer mehr und wird im rasend schnellen Tempo immer multikultureller. Es gibt hier jedoch

noch keine „Europa-Union“, was man aber ändern will. Deshalb unterstützen die Landesvorstandsmitglieder Karina Filusch und Christian Hörbelt engagierte Poznaner Europäerinnen und Europäer bei der Neugründung einer polnischen Sektion der Union der Europäischen Föderalisten und trafen erste Vorbereitungen dazu: Im Oktober soll bereits das erste größere und überregional ausgerichtete Treffen mit Studierenden stattfinden.

Neuer Kreisverband in Polen im Aufbau

Die Poznaner stehen vor vielen spannenden Fragen: Wie will man sich als Vereinigung nennen? Wer kann bei Gründung und Aufbau helfen? Welche Projekte können und sollen mit Realismus und Optimismus angepackt werden? Eines zeigte sich schon bei den ersten Kontakten und Gesprächen: In Poznan sprühen sie vor Ideen, und es bleibt nicht nur beim Denken und Reden, sondern es wird auch angepackt und in Angriff genommen, was man sich ausdenkt. Und weil man nicht alle guten Ideen selbst haben kann, will man auch die in den letzten zwei Jahren in der EUBB neu entwickelten Veranstaltungsformate ausprobieren. Dabei lassen die Poznaner Aktiven uns Brandenburger Europäer an dem auch für uns sehr spannenden Gründungsprozess teilhaben. Wir freuen uns sehr darüber und helfen gerne nicht nur durch Informationsaustausch mit, sondern auch durch deutsch-polnische Brückenschläge, also auch gemeinsame Veranstaltungen für das „Silberjubiläum“ des Deutsch-Polnischen Vertrags im Jahr 2016.

Diese Brückenschläge sind auch gut geeignet im Jubiläumsjahr 2016, dem Jahr des 70-jährigen Bestehens der Europa-Union Deutschland, zu dem grenzüberschreitende und damit im besten und wahrsten Sinne des Wortes europäische Kongresse, Begegnungen und andere Veranstaltungen ausgezeichnet passen. Von bereits bestehender medialer Aufmerksamkeit könnte profitiert werden. In Planung zwischen den Europäern aus Poznan und Brandenburg ist u.a. eine Exkursion nach Brüssel zu den europäischen Institutionen mit einer deutsch-polnischen Gruppe. Zudem hat man sich schon jetzt versprochen, sich gegenseitig zu Veranstaltungen einzuladen und natürlich auch das deutsch-polnische Jubiläumsjahr mit grenzüberschreitenden Events



Impressum

4/2015

**EUROPA AKTIV –
Aktuelles aus Politik und Verbandsleben**

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (030) 3 03 62 01 30, Fax: (030) 3 03 62 01 39
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Heinz-Wilhelm Schaumann (v.i.S.d.P.)
Birgit Köbling

Redaktionsanschrift:

Hardtbergstraße 23a, 53507 Dernau/Ahr
Tel.: (026 43) 90 16 04, Fax: (026 43) 90 25 52
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30.9.2015
Annahmeschluss für die Ausgabe 5/2015: 10.11.2015
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Bei Adressänderungen wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Landesverband oder direkt an das Generalsekretariat der Europa-Union!

Layout & Satz:

Pegasos-Publikationen,
Hauptstr. 36, 53567 Buchholz/Ww.
Tel. und Fax: (026 83) 94 39 08
Mobil: (01 71) 5 07 69 32
E-Mail: info@pegasos-publikationen.de

Druck:

GÖRRES-DRUCKEREI UND VERLAG GMBH,
Koblenz/Neuwied
Internet: <http://www.goerres-druckerei.de>

nicht nur zu würdigen, sondern richtig zu feiern, zum Beispiel in der Doppelstadt Frankfurt (Oder) und Slubice.

Verantwortlich: Axel Jürs